

Bildungsanstrengungen verstärken – Fachkräftepotenziale ausschöpfen**I. Die Ausgangslage: Deutschland droht ein Fachkräftemangel**

Deutschland steuert auf einen Mangel an gut ausgebildeten Fachkräften zu. Bis zum Jahr 2015 droht Deutschland ein genereller Mangel an gut ausgebildeten Fachkräften und Hochqualifizierten. Bereits heute machen sich Engpässe in bestimmten Branchen und Regionen bemerkbar, etwa bei Ingenieurinnen und Ingenieuren, aber auch bei anderen Berufsgruppen mit technisch-naturwissenschaftlichem Bildungshintergrund. Eine Fachkräftelücke kann sich zu einem ernsthaften Innovations- und Wachstumshemmnis mit Verlusten in Milliardenhöhe entwickeln. Es besteht also dringender Handlungsbedarf, um die Zukunftsfähigkeit unserer Volkswirtschaft und den Wohlstand in unserem Land nachhaltig zu sichern.

II. Unsere Antwort: Wir brauchen mehr Bildung und Beschäftigung

Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten kommt bildungs-, weiterbildungs- und beschäftigungspolitischen Handlungsansätzen eine zentrale Bedeutung zu, um bestehende Fachkräftepotenziale in unserer Gesellschaft optimal auszuschöpfen und dem drohenden Fachkräftemangel nachhaltig vorzubeugen. Bildung und Qualifizierung sind die Voraussetzung für eine selbstbestimmte, eigenverantwortliche Lebensführung. Sie sichern die gerechte gesellschaftliche Teilhabe jedes Menschen. Und sie sind das wichtigste Instrument gegen Fachkräftemangel.

Unser Ziel ist es das Fachkräfteangebot in Deutschland langfristig quantitativ und qualitativ zu sichern. Wir wollen mehr Menschen bessere Bildung ermöglichen. Das Bildungsniveau muss in allen Qualifikationsstufen angehoben werden. Die Chancengleichheit und Durchlässigkeit in der Bildung müssen verbessert werden. Wir wollen die Weiterbildung stärken und die Beschäftigungsfähigkeit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer über alle Phasen der Erwerbsbiographie verbessern und erhalten. Die Erwerbsbeteiligung von Bevölkerungsgruppen deren Potenziale bisher nur un-

vollständig genutzt wurden oder die in unserem Bildungs- und Beschäftigungssystem strukturell benachteiligt sind, muss gesteigert werden. Dazu gehören für uns auch die Gleichstellung von Frauen am Arbeitsmarkt und die Verbesserung der Bildungs- und Erwerbschancen von Migrantinnen und Migranten.

Die SPD hat in der Zeit ihrer Regierungsverantwortung seit 1998 bereits vielfältige Anstrengungen unternommen und eine Vielzahl von Maßnahmen auf den Weg gebracht, um diesen Zielen näher zu kommen. Als Stichworte sind exemplarisch das 4-Milliarden-Euro-Ganztagschulprogramm, der Ausbildungspakt, der Hochschulpakt 2020, die BAföG-Novellen, das Bundesgleichstellungsgesetz, das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz, der Ausbildungsbonus für Altbewerberinnen und Altbewerber sowie der Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ab dem ersten Geburtstag zu nennen.

Unsere bisherigen Erfolge sind gut. Sie sind ein Auftrag zum Weitermachen. Entschlossenes und vorbeugendes politisches Handeln bleibt notwendig.

III. Unsere Vorschläge: Maßnahmen zur Sicherung der Fachkräftebasis

Letzten Herbst haben wir eine Projektgruppe eingesetzt, die weitere Vorschläge zur mittel- und langfristigen Sicherung der Fachkräftebasis in Deutschland entwickeln sollte. Der Schwerpunkt lag dabei auf der Frage, welche Beiträge die Bundespolitik im Rahmen ihrer verfassungsrechtlichen Kompetenzen und auch über den Zeithorizont der laufenden Legislaturperiode hinaus zur Sicherung der Fachkräftebasis – auch in Kooperation mit Ländern und Sozialpartnern – leisten kann und sollte. Vergangene Woche hat die Projektgruppe nun ein umfassendes 60-Punkte-Konzept gegen Fachkräftemangel vorgestellt. Die Vorschläge weisen den Weg für politisches Handeln in den kommenden Jahren:

Noch in dieser Legislatur wollen wir...

- **das Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz („Meister-BAföG“) novellieren.** Dabei wollen wir unter anderem die förderfähigen Fortbildungen erweitern (Altenpflege, Erzieherinnen und Erzieher), Förderleistungen verbessern und Förderlücken schließen (u. a. Erhöhung des Zuschussanteils für den Unterhalt, Einbeziehung der Prüfungsphase in die Unterhaltsförderung, Belohnung erfolgreicher Fortbildungsabschlüsse), die Familienförderung ausbauen (u. a. Erhöhung des Kinderzuschlags beim Unterhaltsbeitrag) sowie die Förderung von Migrantinnen und Migranten ausweiten. Wir wollen die Zahl der Geförderten bereits mittelfristig um mindestens 50 Prozent steigern.
- **den Rechtsanspruch auf das Nachholen eines Hauptschulabschlusses.** Wir wollen mehr Chancen zur nachholenden Qualifizierung schaffen. Als ersten Schritt wollen wir bereits kurzfristig einen Rechtsanspruch auf den nachträglichen Erwerb eines Hauptschulabschlusses durchsetzen.
- **einen Hochschulpakt II vereinbaren.** Studieren heißt qualifizieren. Als „Pakt für die Studierenden“ soll ein weiterentwickelter Hochschulpakt II zur Schaffung von 200.000 zusätzlichen Studienplätzen bis 2015 beitragen. Den Hochschulen kommt zur Sicherung des steigenden Bedarfs an hochqualifizierten Fachkräften eine zentrale Rolle zu. Ziel muss es sein, die Studierendenquote deutlich zu erhöhen und einen insgesamt höheren Akademikeranteil bei den Fachkräften in Deutschland zu erreichen. Wir setzen uns dafür ein, dass eine Bund-Länder-Vereinbarung für einen weiterentwickelten Hochschulpakt II klar auf die Förderung von Studium und Lehre ausgerichtet wird.
- **die Verbesserung des Hochschulzugangs für beruflich Qualifizierte.** Die Ausweitung des Hochschulzugangs für beruflich Qualifizierte („Studium ohne Abitur“) stellt einen wichtigen Ansatz zur Erhöhung des Fachkräftepotenzials gerade in naturwissenschaftlich-technischen Fächern dar. Wir setzen uns für eine bundeseinheitliche Regelung zur Erhöhung der Durchlässigkeit der Hochschulen für beruflich qualifizierte Fachkräfte ein. Außerdem sollte der

Hochschulzugang dieser Zielgruppe durch finanzielle Anreize für die Studierenden wie für die Hochschulen gefördert werden.

Spätestens für die nächste Legislatur stehen an...

- **die Erarbeitung eines Erwachsenenbildungsfördergesetzes.** Alle Menschen sollen die Möglichkeit haben und nutzen, Qualifikationen und Kompetenzen durch lebenslanges Lernen und Weiterbildung zu erhalten, zu erneuern und auszubauen. Spätestens in der nächsten Legislaturperiode steht für uns die Verabschiedung eines Erwachsenenbildungsförderungsgesetzes auf der Tagesordnung, in dem Finanzierungsfragen, Rechtsansprüche sowie arbeitsrechtliche Aspekte für den Weiterbildungsbereich geregelt werden.
- **die Erarbeitung eines Gleichstellungsgesetzes für die Privatwirtschaft.** Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in Führungspositionen und existenzsichernder Erwerbstätigkeit ist ein zentraler Schlüssel zur Sicherung der Fachkräftebasis in Deutschland. Dazu gehört auch gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit. Freiwillige Vereinbarungen reichen nicht aus. Daher setzen wir uns für ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft und gesetzliche Maßnahmen für die gleiche Teilhabe von Frauen in Aufsichtsgremien ein.
- **Umbau der Arbeitslosenversicherung zur Arbeitsversicherung.** Mehr Prävention in der Arbeitsmarktpolitik und eine bessere Absicherung von Übergängen in veränderten Erwerbsverläufen sollen die Beschäftigungsfähigkeit stärken. Die Arbeitsversicherung soll nicht erst dann Leistungen erbringen, wenn der Risikofall eingetreten ist.

IV. Fachkräftezuwanderung aus dem Ausland

Im Mittelpunkt unseres Konzepts stehen die Menschen in unserem Land, ihre Fähigkeiten und Chancen. Unser oberstes Ziel ist es, gleiche Chancen auf gute Bildung, gute Arbeit und lebenslanges Lernen für alle zu verwirklichen. Es gilt, die Potenziale in unserer Gesellschaft optimal auszuschöpfen.

Klar ist aber auch, dass wir in Deutschland auch weiterhin auf eine ergänzende, bedarfsgerechte und gesteuerte Fachkräftezuwanderung nicht verzichten können. Eine weitere Arbeitsgruppe unserer Fraktion befasst sich daher mit den Themen Zuwanderung und Arbeitnehmerfreizügigkeit aus europäischer Sicht. Bis zum Herbst 2008 soll hierzu eine Positionierung erarbeitet sein.

V. Unsere Chance: Bildungsgipfel von Bund und Ländern

Für diesen Herbst ist ein Bildungsgipfel von Bund und Ländern geplant. Dieser Gipfel muss genutzt werden für konkrete und substanzielle Vereinbarungen in allen Bildungsbereichen. Bildung, Qualifizierung und die Sicherung der Fachkräftebasis sind eine gesamtgesellschaftliche und gesamtstaatliche Aufgabe. Daher brauchen wir keine Zuständigkeitsstreitereien zwischen Bund und Ländern, sondern übergreifende Vereinbarungen für substanzielle Verbesserungen unseres Bildungssystems.